

Kurzposition

Strompreiskrise: Kurzfristige Soforthilfen für die energieintensive Industrie

Deutschland und Europa befinden sich in einem Wirtschaftskrieg mit Russland. Dabei geht es auch darum, gemeinschaftlich zu verhindern, dass Deutschland langfristig wirtschaftlich und strukturell Schaden nimmt und dadurch sein Potenzial zur Transformation in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft verliert. Bei den Stromkosten muss dringend gegengesteuert werden. Ansonsten droht die großflächige Stilllegungen von Produktionen, sobald bestehende Stromlieferverträge ausgelaufen sind. Die Konsequenz, neben dem schmerzlichen Verlust der Wertschöpfung und Arbeitsplätzen, wäre eine Abhängigkeit von anderen Ländern (insbesondere gegenüber Asien) bei essenziellen Grundstoffen und Produkten, die für die Gestaltung der Zukunft unerlässlich sind. Gerade die Umsetzung der Megatrends wie Digitalisierung, Dekarbonisierung, Kreislaufwirtschaft und die Transformation der Mobilität sind beispielsweise ohne NE-Metalle nicht denkbar – der Bedarf an NE-Metalle wird sogar noch zunehmen. Umso wichtiger ist es, die noch verbliebene heimische Grundstoffbasis zu erhalten, auszubauen und zu schützen.

Eine sichere Versorgung mit Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen ist ein zentraler Standortfaktor für die energieintensive Industrie in Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der Strompreise äußerst besorgniserregend: Der starke Anstieg der Strompreise und die Volatilität auf dem derzeitigen hohen Niveau stellt für die Unternehmen der deutschen NE-Metallindustrie ein erhebliches Risiko für deren internationale Wettbewerbsfähigkeit mit **existenzbedrohenden** Ausmaßen dar.

Folgendes **Zahlenbeispiel** aus der Metallherstellung veranschaulicht die **problematische Situation**: Zur Herstellung einer Tonne Primäraluminium werden ca. 15 MWh Strom genutzt. Bei einem Strompreis von 600 Euro / MWh wie im August 2022 sind das 9.000 Euro an Stromkosten für die Tonne Aluminium. Auf dem Weltmarkt und der Metallhandelsbörse wird Aluminium aktuell für ca. 2.400 Euro die Tonne gehandelt. Damit bedeutet die Produktion einer Tonne zu aktuellen Strompreisen $[(15 \text{ MWh} \times 600 \text{ EUR}) - 2.400 \text{ EUR}]$ einen Verlust von 6.600 Euro; allein mit Blick auf die Stromkosten. Wenn die Unternehmen Strom zu diesen Preisen einkaufen, die in der Spitze der vergangenen Wochen sogar schon bei bis zu 1050 Euro / MWh lagen, dann müssten die Aluminiumhütten ihre Produktion sofort einstellen.

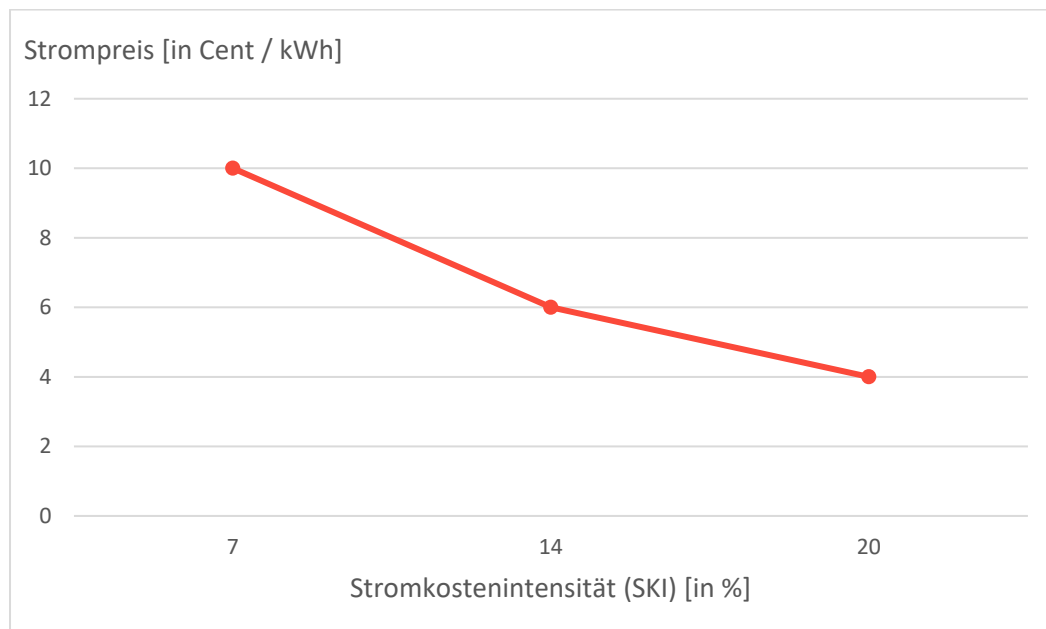
Das Beispiel zeigt die Dringlichkeit, gegenzusteuern: Zeitnah müssen geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um die Produktion zu schützen und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten. Die WVMetalle begrüßt es, dass das Bundeswirtschaftsministerium ein Forschungsvorhaben ausgeschrieben hat, das die Einführung eines Industriestrompreises prüfen soll. Der geplante Untersuchungszeitraum – angesetzt auf 15 Monate – ist jedoch zu lang, um den Unternehmen in der Situation der aktuellen Preisniveaus eine Lösung zu bieten. Insbesondere, da mit Abschluss der Untersuchung noch keine Implementierung erfolgt ist und sich ein weiterer Zeitraum für den rechtlichen Rahmen anschließen wird. Aus Sicht der WVMetalle bedarf es dringend kurzfristiger Maßnahmen, um weitere Produktionskürzungen und den drohenden Produktionsausfall zu verhindern.

Die WVMetalle regt an, als **kurzfristige Maßnahme und unbürokratisch Soforthilfen** für die energieintensiven Unternehmen in Industrie bereit zu stellen. Zur Orientierung der Soforthilfen sollte aus unserer Sicht der **durchschnittliche Strompreis** aus den letzten zehn Jahren herangezogen werden. Der durchschnittliche Strompreis im Zeitraum von 2012 bis 2021 liegt nach unseren Berechnungen bei 41,74 Euro / MWh. Dies entspricht einem ähnlichen Niveau wie der Industriestrompreis, der in

Frankreich den Industrieunternehmen durch die ARENH zur Verfügung gestellt wird oder wie es die [Studie des VCI](#) empfiehlt. Zu diesem Preisniveau sollte der Strom für die stromintensiven Prozesse zur Verfügung gestellt werden, um die Weiterführung der Produktion zu gewährleisten. Die Soforthilfe sollte den Unternehmen direkt gezahlt werden und die gestiegenen Beschaffungskosten auf ihrer Stromrechnung ausgleichen. Die Finanzierung der Soforthilfe könnte über den Bundeshaushalt erfolgen – über einen Sonderposten, der verhindert, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland irreversiblen Schaden durch den Russland-Ukraine-Krieg nimmt.

Die gestiegenen Strompreise betreffen alle Unternehmen der Metallindustrie gleichermaßen, jedoch in unterschiedlicher Härte. Wir regen daher an, dass ausgehend vom oben genannten durchschnittlichen Strompreis anhand der Stromkostenintensität (SKI)¹ der Unternehmen linear eine Soforthilfe in unterschiedlicher Höhe gewährt wird: Angefangen bei 41,72 Euro / MWh für Unternehmen mit ultrastromintensiven Prozessen wie etwa einer Elektrolyse (SKI größer 20 Prozent) über Schmelz- und Walzprozesse (SKI zwischen 20 und 14 Prozent) bis weiter zu Prozessen in der Weiterverarbeitung und Gießereien mit einer SKI zwischen 14 und 7 Prozent. Die Einteilung erfolgt anhand der Stromkostenintensität des Unternehmens. Je größer die Stromkostenintensität desto höher muss die Soforthilfe (und desto niedriger der anzulegende zur Verfügung zu stellende Strompreis) sein, damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens gewahrt bleibt. In der Höhe des jeweils je nach SKI zu gewährenden Soforthilfe in Form eines Strompreises, könnte man sich beispielsweise an einer [Studie des EWI](#)² i.A. der WVMetalle orientieren. Das EWI hat darin die realen Preise für vier repräsentative Fälle in der NE-Metallindustrie abgebildet; diese könnte man auch jetzt für die Soforthilfen heranziehen. Die Soforthilfen sollten zudem in Einklang stehen mit den in den verschiedenen Entlastungsregelungen enthaltenen Gegenleistungen, etwa in Form von Investitionen in Energieeffizienz, Transformation oder Dekarbonisierung.

Grafik: Lineare Bereitstellung von Soforthilfen in Abhängigkeit von der Stromkostenintensität der Unternehmen



¹ Stromkostenintensität ist definiert durch die Relation von Stromkosten zur Bruttowertschöpfung

² Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln (EWI): Stromkosten der NE-Metallindustrie – Eine Sensitivitätsanalyse, Mai 2019.

POSITIONEN ZU STROMPREISKRISE UND SOFORTHILFEN

1. Das Strompreisniveau hat ein **existenzgefährdendes Niveau** für stromintensive Prozesse in der Metallindustrie erreicht. Auf dem aktuellen Preisniveau können Unternehmen in der Metallherstellung nicht mehr wettbewerbsfähig und ohne massive wirtschaftliche Verluste produzieren.
2. **Kurzfristige Gegenmaßnahmen** sind **notwendig**, um stromintensive Prozesse und strategische Industrien zu schützen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze zu erhalten. **Mittel- bis langfristig** sollte die Einführung eines Industriestrompreises weiter forciert werden.
3. Als **kurzfristige Maßnahme** sollten für die energieintensiven Unternehmen in der Industrie **Soforthilfen** angelegt werden. Die Soforthilfen sollten dabei auf den durchschnittlichen Strompreis der letzten 10 Jahre abstellen, der sich auf ca. 42 Euro / MWh beläuft.

Berlin, den 05. September 2022

Kontakt:

Michael Schwaiger
Leiter Energiepolitik
Telefon: 030 / 72 62 07 – 122
E-Mail: schwaiger@wvmetalle.de

WirtschaftsVereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin